

Tests sollen bei Einreise aus Risikogebieten Pflicht werden

Gesundheitsminister will neue Regelung in der Corona-Pandemie anordnen. Grundlage ist das Infektionsschutzgesetz. „Wir müssen verhindern, dass Reiserückkehrer unbemerkt andere anstecken“

Reiserückkehrer aus Corona-Risikogebieten sollen sich künftig auf das Virus testen lassen müssen. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) sagte am Montagabend, er werde „eine Testpflicht für Einreisende aus Risikogebieten anordnen“. Dies diene dem Schutz aller Bürgerinnen und Bürger. „Wir müssen verhindern, dass Reiserückkehrer unbemerkt andere anstecken und so neue Infektionsketten auslösen“, sagte er. Die Tests sollen für die Reisenden kostenfrei sein.

Spahn teilte die Pläne seinen Amtskollegen aus den Bundesländern in einer Schaltkonferenz mit. Grundlage der Testpflicht ist demnach eine Regelung des Infektionsschutzgesetzes. Sie bezieht sich auf eine epidemische Lage von nationaler Tragweite, die der Bundestag für die Corona-Pandemie festgestellt hatte. Damit kann das Bundesministerium Personen, die nach Deutschland einreisen und die wahrscheinlich einem erhöhten Infektionsrisiko ausgesetzt waren, verpflichten, sich ärztlich untersuchen zu lassen. Die entsprechende Verordnung soll voraussichtlich in der nächsten Woche in Kraft treten. Bereits seit dem Wochenende

sind freiwillige Tests für Rückkehrer aus Risikogebieten auf mehreren deutschen Flughäfen möglich. Wer keinen negativen Testbefund hat, muss sich wie bisher für zwei Wochen in häusliche Quarantäne begeben. Spahn hatte bereits angekündigt, verpflichtende Tests rechtlich zu prüfen.

Welche Staaten als Risikogebiete mit einer erhöhten Infektionsgefahr gelten, legt die Bundesregierung mit dem Robert-Koch-Institut (RKI) in einer Liste fest. Zentrales Kriterium ist, in welchen Staaten oder Regionen es in den vergangenen sieben Tagen mehr als 50 Neuinfizierte pro 100.000 Einwohner gegeben hat. Auch Reisende aus Nichtrisikoländern können sich freiwillig kostenlos innerhalb von 72 Stunden testen lassen – dann nicht am Flughafen, sondern etwa in Arztpraxen oder Gesundheitsämtern.

Hintergrund ist, die Ausbreitung des Virus auch in der Hauptreisezeit einzudämmen, in der Millionen Bundesbürger wieder im In- und Ausland unterwegs sind. Es soll verhindert werden, dass sich infizierte Urlauber aus Regionen mit größeren Corona-Ausbrüchen in Deutschland verteilen.

„Wenn man sich die Entwicklungen in

Es gehe vorrangig um den Schutz der Bevölkerung in Deutschland und darum, einen zweiten Lockdown zu verhindern, so Frei: „Es geht keineswegs darum, einzelne Personengruppen oder bestimmte Regionen zu stigmatisieren. Es ist völlig unerheblich, ob der Urlaub bei der Familie stattgefunden hat oder nicht. Alles entscheidend sind die Infektionszahlen am Reiseziel.“ Uwe Brandl (CSU), Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, hielt verpflichtende Tests für Rückkehrende aus Risikogebieten nicht nur an Flughäfen oder in Zügen, sondern auch an Grenzübergängen für „unabdingbar“. „Wer aus Risikogebieten kommt, sollte 50 Prozent des Tests zahlen, 50 Prozent der Staat, weil Ergebnisse auch im Gemeinwohlinteresse sind“, sagte Brandl WELT. Die Maßgabe, dass sich Rückkehrende aus Risikogebieten direkt in Quarantäne zu begeben haben, habe „kaum“ gefruchtet. DW mit dpa